

Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 14.08.2018

Am 14. August 2018 tagte der Gemeinderat, nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

Krippenerweiterung – Entscheidung über die Auswahl des Planungsbüros

Bereits in der vorausgegangenen Sitzung vom 26.07.2018 stellten die beiden Architektenbüros Autenrieth&Jargon sowie Wittlinger ihre Entwürfe vor. Beide Entwürfe waren vom Gemeinderat grundsätzlich für sehr gelungen befunden worden. Zwischenzeitlich liegt die gemeinsame Stellungnahme der Kinderhaus-Leitung und des Krippen-Teams vor. Beide Entwürfe müssten im Detail noch ergänzt bzw. weiterentwickelt werden, so Bürgermeister Werner Link. Er appellierte an den Gemeinderat, die Auswahl des Planungsbüros nicht nur von den geschätzten Kosten (ca. 2,5 Mio. von Autenrieth&Jargon bzw. ca. 2 Mio. von Wittlinger) abhängig zu machen. Das Gremium war sich einig, dass beide Entwürfe verschiedene Vor- und Nachteile hätten. Mit einer Gegenstimme entschied sich das Gremium für den Bad Boller Architekten Erpo Wittlinger. Damit folgt es auch dem Vorschlag der pädagogischen Fachkräfte. Die Verwaltung wurde beauftragt einen Honorarvertrag mit Wittlinger zu vereinbaren sowie das Baugesuch erstellen zu lassen. Die Kindergarten-Arbeitsgruppe des Gemeinderats wird das Projekt begleiten.

Jahresabschlusses 2017 der Gemeindewasserversorgung

Aufgrund der Verluste der Jahre 2014 bis 2016 wurde die Frischwassergebühr ab dem Wirtschaftsjahr 2017 um 0,23 €/m³ auf 1,55 €/m³ (jeweils netto) erhöht. Erstmals nach drei Jahren konnte das Jahr 2017 mit einem kleinen Gewinn von rund 10.000,00 € abgeschlossen werden. Der Gemeinderat nahm den steuerlichen Jahresabschluss für das Rechnungsjahr 2017 zustimmend zur Kenntnis.

Sportgelände

- **Antrag der Freien Wählervereinigung Zell u. A./Pliensbach für die „kleine Lösung“**
- **Bebauungsplan-Änderung**

Zu diesen Tagesordnungspunkten lagen Anträge auf Vertagung der Freien Wählervereinigung Zell u. A./Pliensbach sowie des Bürgerforums vor. Über diese Anträge zur Geschäftsordnung musste zunächst beraten und beschlossen werden. Argument für die Vertagung war bei beiden Fraktionen die urlaubsbedingte Abwesenheit von drei, der „großen Lösung“ gegenüber kritisch eingestellten, Gemeinderäten. Beide Fraktionen wiederholten, dass eine solche für die Gemeinde wichtige Abstimmung durch das komplette Gremium entschieden werden sollte. Dem entgegnete der Vorsitzende, Bürgermeister Link, dass bei jeder Gemeinderats-Sitzung für die Gemeinde wichtige Themen behandelt sowie beschlossen werden würden. Das Gremium sei oftmals nicht vollzählig. Bei einer solchen Argumentation würden viele Beschlüsse nie getroffen werden können. Die Beratung war intensiv und emotional. Bei der Abstimmung votierten fünf Gemeinderäte für eine Vertagung, fünf Stimmen, einschließlich BM Link, waren gegen eine Vertagung. Gemäß des § 37 der Gemeindeordnung war bei Stimmgleichheit damit der Antrag auf Vertagung abgelehnt.

In der anschließenden Beratung des Antrags der Freien Wählervereinigung Zell u. A./Pliensbach für die „kleine Lösung“ erläuterte Bürgermeister Link nochmals ausführlich die unterschiedlichen drei Varianten: Variante 1: Umbau des bestehenden Sportplatzes in einen Kunstrasenplatz, Variante 2, die sog. „kleine Lösung“: Bau eines neuen Kunstrasenplatzes und Variante 3, die sogenannte „große Lösung“: Bau eines neuen Kunstrasenplatzes mit leichtathletischen Anlagen.

BM Link sprach sich nochmals für die große Lösung aus. Diese sei für Verein und Kommune die einzig finanziell tragbare und zukunftsweisende Variante. Die Firma Strabag würde bei dieser Variante so viel Aushub von Baustellen einbauen können, dass von diesem Erlös nicht nur ein Kunstrasenplatz mit Leichtathletikanlagen finanziert werden könnte, sondern noch eine Rücklage in Höhe von 250.000 € für eine spätere Sanierung übrig blieben. Bei der von den Freien Wählern und dem Bürgerforum favorisierten kleinen Lösung entstünde eine Finanzierungslücke von ca. 616.000,00 €. In Anbetracht der anstehenden und erforderlichen kommunalen Pflicht-Investitionen könne die Gemeinde einen solch hohen Betrag in den kommenden 10 Jahren nicht auch noch finanzieren. Zudem verbaue man sich mit der kleinen Lösung den Aufbau einer zukünftigen Leichtathletikabteilung und weiterer Freizeitanlagen wie eines Beachvolleyballfeldes oder Boule-Anlage.

Auch diese Beratung verlief intensiv und emotional. Auf die Schilderung von Bürgermeister Link, dass die Gemeinde in der Vergangenheit mehrmals die vermeidlich günstigere Lösung gewählt habe und sich später herausgestellt, dass diese die schlechtere sei, reagierte das Gremium verärgert. Verschiedene Gemeinderäte machten sich nochmals stark für die kleine Lösung. Ihnen missfalle insbesondere der hohe Landverbrauch bei der großen Lösung. Außerdem wird befürchtet, dass sicherheitstechnische Konflikte bei der Belegung der Sportanlage entstehen, wenn Fußball- und Leichtathletiktraining zur gleichen Zeit stattfinden.

Andere Gemeinderäte sehen in der großen Lösung allerdings eine einmalige Chance. Die kleine Lösung erscheine ihnen sogar in den kommenden 15 Jahren nicht finanzierbar.

Bei der Abstimmung votierten fünf Gemeinderäte für die von den Freien Wählern beantragte kleine Lösung. Fünf Stimmen, einschließlich BM Link, waren gegen diese. Gemäß des § 37 der Gemeindeordnung ist bei Stimmengleichheit damit der Antrag auf eine kleine Lösung abgelehnt.

Im Anschluss wurde sodann mehrheitlich beschlossen, den Bebauungsplan „Sportgelände Gereut-Änderung“ weiter zu verfolgen und eine vorgezogene Anhörung der Träger öffentlicher Belange sowie der Bürgerschaft durchzuführen.

Bausachen

Der Gemeinderat erteilte einstimmig dem Neubau einer Gewerbehalle auf Flst. 1857/11, Jurastraße sein grundsätzliches Einvernehmen. Die Stellplätze können in der Pflanzgebotsfläche jedoch nur dann errichtet werden, wenn sie mit Rasengittersteinen ausgeführt werden. Die geplanten Container müssen in die überbaubare Fläche verschoben werden.

Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013-2016

Der Bericht des Kreisprüfungsamtes Göppingen stellt unter anderem fest, dass die geplante Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt mehr als verdoppelt werden konnte.

Die Verschuldung der Gemeinde beträgt rund 613 €/Einwohner und liegt damit unter dem Landesdurchschnitt von 643 €/Einwohner.

Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Lärmaktionsplan

In der Verkehrsanalyse der Planungsgruppe Kölz wurden in Zell keine von den Auslösewerten (tags > 65dB(A)/nachts >55 dB(A)) betroffenen Einwohner ermittelt. Der Gemeinderat nahm somit zur Kenntnis, dass nicht weiteres vorzunehmen ist.

Bekanntgaben

BM Link informierte, dass die beiden ausgeschriebenen Pedelec veräußert wurden. Er weist auf eine Veröffentlichung auf www.swr.de hin, bei der man die Pendlerbewegungen abfragen könne: 1.224 Zellerinnen und Zeller, was 88 Prozent der Arbeitnehmer entspricht, arbeiten woanders.

Verschiedenes/ Frageviertelstunde

Auf Anregung aus dem Gemeinderat prüft die Verwaltung, ob bei der Sitzbank am Ende der Uhlandstraße einen Mülleimer angebracht wird.

Von den anwesenden Bürgern kamen keine Wortmeldungen.